

Antrag

gemäß der Geschäftsordnung

CDU-Fraktion / Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Nr.: A 22/0916-01

Status: öffentlich

Datum: 01.12.2022

Begleitantrag zum TOP "Gebührensatzung für die städtische Friedhöfe in Mülheim an der Ruhr" (V 22/0319-02)

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU

Beratungsfolge:

<u>Gremium:</u>	<u>Datum:</u>	<u>Status:</u>	<u>Zuständigkeit:</u>
Rat der Stadt	15.12.2022	Ö	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU beantragen:

In Anlehnung an erfolgreiche Projekte anderer Städte prüft die Verwaltung

- die Nutzung von Friedhofsflächen zur Errichtung von Photovoltaikanlagen,
- die Aufwertung der Friedhöfe durch die Einrichtung von Trauercafés als Orte der Begegnung,
- die Prüfung weiterer zusätzlicher alternativer Nutzungskonzepte in Anlehnung an Beispiele in anderen Städten,
- die Einsparpotentiale in der Pflege durch den Einsatz maschineller Unterstützung (bspw. Saugaufsätze an "Schmitz-Kipfern"),
- eine Anpassung bzw. Erweiterung des Bestattungsangebotes in Abstimmung mit den Gewerken (Bestatter, Friedhofsgärtner und Steinmetze).

Außerdem macht die Verwaltung einen Vorschlag zur Einrichtung einer etwa einmal jährlich tagenden Arbeitsgruppe, bestehend aus Verwaltung, Politik, IG Friedhöfe und Vertretern der Gewerke mit dem Ziel, die Friedhofsentwicklung zu begleiten und zukunftsorientiert auszurichten. Unter Einbeziehung dieser Arbeitsgruppe findet im Frühjahr 2024 eine Evaluierung der Gebührensatzung statt. Hierbei werden insbesondere Zahlen der vergangenen Jahre zum Gesamtgebührenaufkommen und Anzahl der in Mülheim an der Ruhr bestatteten Personen (Sterbefälle in MH / Bestattungen in MH) vorgelegt.

Sachverhalt:

Die Kostensteigerung für die Nutzung der Friedhöfe, die durch die fehlende Anpassung in den vergangenen 10 Jahren sowie durch die aktuellen Kostenentwicklungen im Bereich der Dienstleistungen entstanden sind und entstehen, scheinen unvermeidbar.

Um den Wert der Friedhöfe für die Mülheimerinnen und Mülheimer als Orte der Trauer, der Begegnung und der Erholung langfristig erhalten zu können, sind kreative und auch unkonventionelle Lösungen gefragt, die unter anderem zur Gegenfinanzierung der Friedhöfe beitragen sollen.

Andere Kommunen in dieser Situation gehen mit folgenden Projekten beispielgebend voran:

So gibt es einen Friedhof in Bergisch-Gladbach, auf dem Flächen seit 2014 als Waldkindergarten genutzt werden. In Wien ging in diesem Jahr ein Solarkraftwerk auf dem Zentralfriedhof ans Netz, das auch mit Bürgerbeteiligung finanziert wurde. Auch ein Angebot zur Begegnung durch ein Café in einem Friedhofsgebäude ist ein gut angenommenes Projekt auf einem Regensburger Friedhof, hier als inklusives Gastronomieprojekt.

Um die steigenden Kosten perspektivisch etwas kompensieren zu können, ist die Prüfung solcher Alternativen unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen des Friedhofentwicklungskonzepts für die Mülheimer Friedhöfe sinnvoll.

Der Einsatz von Maschinen in der Pflege kann ein effektives Mittel für mehr Sauberkeit bei gleichzeitiger Kostenersparnis sein. Die dadurch freiwerdenden Kapazitäten können für andere anfallende Arbeiten genutzt oder ganz eingespart werden. Zu Aspekten wie der Befahrbarkeit der Wege aufgrund des Gewichts der Maschinen und dem Aufsaugen des Wegesplitts erbitten wir eine differenzierte Stellungnahme.

Dazu fordern die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU die Verwaltung auf.

Christina Küsters
CDU-Fraktionsvorsitzende

Tim Giesbert
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen